

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 20. —

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 20. —

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 294

Freitag, den 18. Dezember 1931

26. Jahrgang

Amerika und die Frage der Kriegsschuldenstreichung

Hefige Redeschlacht im Bundeskongress

Washington, 18. Dezember. Die gestern klagten Rat der alliierten Schulden an Amerika im Gesamtbetrag von 21 Millionen Dollar als Abzahlung auf die Schuldbeträge und 22 Millionen Dollar Zinsen sind nicht gezahlt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten betrachtet indessen die Schuldner deswegen nicht als in Verzug befindlich. Dafür tobte eine umso heftigere Redeschlacht hierüber im Bundeskongress, besonders im Unterhaus, wo der Abgeordnete Mac Fadden, der gegen die Ratifizierung des Hoover-Moratoriums agitiert, sich in maßloser Weise gegen Präsident Hoover und die „prodeutschen Bankiers in Neuport“ ausließ. Mac Fadden, der seit dem Zusammenritt des neuen Kongresses als Republikaner und Mitglied der Minderheit nicht mehr Vorsitzender des Bankenausschusses ist, diesem aber noch angehört, sagte, Hoover habe seinen Amiseld verlegt, als er mit fremden Regierungen ein Moratorium beschloß. Die Schuldensanktionen mit den Alliierten seien keine internationalen Verträge, soweit Amerika in Frage komme, sondern Finanzgesetze Amerikas und die könne Hoover nicht antauchen. Wenn nicht die deutschen internationalen Bankiers in Neuport, nämlich Kuhn, Loeb u. Co., Seligmann und Paul Warburg, schon lange die Streichung der alliierten Schulden im deutschen Interesse geplant hätten, so wäre Hoover nie zum Präsidenten gewählt worden. Mac Faddens Fraktionskollege Chipfield wies diese überhöhten Beschuldigungen zurück und ließ die Bemerkung fallen, Mac Fadden sollte der Nachwelt als abschreckendes Beispiel vorgehalten werden, wie tief ein Abgeordneter sinken könne. Im Finanzausschuss des Unterhauses, der zurzeit den Moratoriumsgegenwurf berät, erklärte Unterhausamtssekretär Mills, es wäre eine

„ewige Schande“ für Amerika,

wenn der Kongress das Moratorium ablehnte, da im Juni 27th Parlamentarier, darunter mehr als zwei Drittel Senatoren, dem Präsidenten Hoover auf dessen Anfrage ihre Zustimmung zu seinen Plänen erklärt hätten. Heute wird Staatssekretär Stimson im Ausschuss gehört werden und morgen wird die Vorlage an das Plenum gebracht. Nach Ansicht der Fraktionsführer ist das Moratorium deswegen in eine so feindselige Atmosphäre geraten, weil es in der Sonderbotschaft des Präsidenten mit der Frage einer weiteren Verzögerung oder Verzögerung der alliierten Zahlungen verknüpft worden sei.

Die Majorität des Kongresses und der öffentlichen Meinung habe volle Sympathie mit Deutschland.

Deshalb sehe man nicht ein, warum man auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler den Alliierten helfen solle, die so gewaltige Summen für Rüstungen ausgaben.

Die „Washington Post“ veröffentlicht hierüber eine Zusammenfassung des Krieges. Danach hätten 1930 für Rüstungen ausgegeben: Großbritannien 908, Frankreich 647, Italien 322, Polen 123, Rumänien 67, Jugoslawien 47, Tschchoslowakei 41, Belgien 23 Millionen Dollar. Dieser Summe von 1779 Millionen Dollar ständen die dreijährigen Schuldbeträge dieser Staaten an Amerika mit insgesamt nur 243 Millionen Dollar gegenüber. Man gebe 1779 Millionen Dollar für Kriegsrüstung aus und wolle 243 Millionen Dollar Schulden nicht bezahlen, und Frankreich das 22 Prozent seines Gesamtbudgets für Kriegsrüstung ausgeben, bringe sich mit sich selbst in Widerspruch, wenn es seinen Premierminister nach Washington sende in der Absicht, die Kosten des europäischen Krieges den amerikanischen Steuerzahlern aufzuhalsen. Im Senat wartet man die Entscheidung des Moratoriums durch das Unterhaus ab, bevor man die Beratung im Ausschuss beginnt, da Finanzgesetze stets zuerst durch das Unterhaus gehen müssen. Trotzdem wurde auch im Senat heute von Reed und anderen eine Streichung der alliierten Schulden scharf abgelehnt.

Eine Erklärung Stimmons vor dem Finanzausschuss

Washington, 18. Dezember. Staatssekretär Stimson gab heute vor dem Finanzausschuss des Repräsentantenhauses, der über die Zustimmung zu dem von Hoover verkündeten Moratorium berät, eine längere Erklärung ab. Er führte dabei aus, daß Präsident Hoover das Moratorium, soweit Amerika in Frage komme, hauptsächlich auf die Schuldengattungen der früheren alliierten Regierungen beziehe, in erster Linie deswegen vorgeschlagen habe, um den Wirkungen der Panik, von denen die deutschen Finanzen betroffen worden seien, zu steuern; denn diese Panik griffe auf das übrige Europa über und drohe auch Amerika in die Weltreise zu verwickeln. Stimson klärte dann die Entwicklung, der deutschen Wirtschaftserholung nach dem Kriege, die zum größten Teil auf geborgtem Golde hätte aufgebaut werden müssen. Da Deutschlands Kredit schwach gewesen sei, sei die finanzielle Hilfe in großem Umfang in Form von kurzfristigen Krediten erfolgt, die beim Einsetzen der Depression im Jahre 1929 Deutschland in eine kritische Lage gebracht hätte, besonders da es jährlich etwa 400 Millionen Dollar an Reparationen hätte zahlen müssen. Deutschland sei durch das Zusammenreffen aller dieser Faktoren der Mittelpunkt der Weltverschuldung geworden, und Deutschlands Zusammenbruch hätte die ganze Welt schwer in Mitleidenschaft gezogen. Andererseits gelte die Entwicklung Deutschlands, daß ihm wenn es die Krise überwinde, eine gesunde und erfolgreiche Zukunft bevorstehe. Und dazu sei auch das Ausland interessiert. Denn „bei keinem anderen Tage in Europa hat Deutschland

wenn es seine Gesundheit wiedererlangt, ein hartes Bollwerk gegen Unstetigkeit und Kommunismus dar, während, wenn man Deutschland fallen ließe, die Katastrophe nicht auf Deutschland beschränkt bliebe, sondern sicherlich andere Nationen mit hineinziehen und die Finanzsysteme aller wichtigeren Staaten, darunter auch Amerikas, hart berühren würde“. In seinen weiteren Darlegungen führte Stimson auf Befragung aus, das Moratorium sei unabwehrbar und der einzig richtige Weg zur Wahrung der amerikanischen Interessen gewesen; denn wenn man den Schuldner von sich aus die Zahlungen einstellen lasse, so seien die Aus-

richten, daß er je seine Zahlungen wieder beginne, äußerst gering. Eine Verlängerung des Moratoriums sei nicht beabsichtigt, und der Vorschlag, die Kriegsschuldenkommission wieder zu errichten, geschähe gerade, damit künftig im ordentlichen, in den Schuldenverträgen vorgesehenen Verfahren und unter sofortiger offizieller Beteiligung des in der Schuldensituation vertretenen Bundeskongresses die Frage der Zahlungsfähigkeit der Schuldner geprüft werden könne. Die Richtung der Kommission solle also keine Bindung dar, wie Hoover sie angeht, der schweren und politischen Panik in Deutschland im Juni habe übernehmen müssen. Als weitere Illustration der verzweifelten Lage Deutschlands gab Stimson anhängend an die Erklärung den englischen Text des Briefes von Hindenburg an Hoover vom 20. Juni bekannt.

Hindenburgs Brief an Hoover

Berlin, 17. Dez. Wie gemeldet, hat Staatssekretär Stimson in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses in Washington den Brief verlesen, den Reichspräsident von Hindenburg am 20. Juni an den Präsidenten Hoover gerichtet hat. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht den Wortlaut dieses Briefes, der in der deutschen Rückübersetzung folgendermaßen lautet: „Die große Not des deutschen Volkes, die jetzt auf dem höchsten Punkt angelangt ist, zwingt mich dazu, mich an Sie zu wenden. Das deutsche Volk hat unendlich schwere Jahre mit dem Höhepunkt im letzten Winter hinter sich. Auch die Hoffnung, daß in diesem Frühjahr eine Besserung der Geschäfte und der Industrie entstehen werde, hat sich nicht verwirklicht. Ich habe daher mit den außerordentlichen Vollmachten, die mir die Reichsverfassung einräumt, Maßnahmen in Kraft gesetzt, die die Erfüllung der notwendigen Aufgaben des Staates sicherstellen und die Lebensmöglichkeit für unsere Arbeitslosen aufrecht erhalten soll. Diese Maßnahmen haben tief in alle wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen eingeschnitten. Sie verlangen schwerste Opfer von allen Teilen unserer Bevölkerung. Jede Möglichkeit, unsere Lage durch eigene Maßnahmen, ohne Hilfe von außen zu verbessern, ist ausgenutzt worden. Die wirtschaftliche Krise, an der die ganze Welt schwer leidet, trifft das deutsche Volk, das seiner Kraftreserven durch die Folgen des Krieges beraubt worden ist, mit besonderer Wucht. Wie die Entwicklung der letzten Tage zeigt, hat die Welt das Vertrauen verloren, daß die deutsche Wirtschaft angesichts der Lasten, die sie zu tragen hat, imstande ist, zu arbeiten. Große Kredite, die das Aus-

land und gegeben hatte, sind abgezogen worden. Allein in den letzten Tagen ist die Reichsbank gezwungen worden, ein Drittel ihrer Gold- und Devisenreserven an das Ausland abzugeben. Die unvermeidliche Folge dieser Vorgänge muß eine weitere Schwächung unseres wirtschaftlichen Lebens und ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit sein, die schon mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung ausmacht. Die Lichtigkeit und der Arbeitswille unseres Volkes reichten das Vertrauen, daß Deutschland sich diesen starken Eingriffen von außen gewachsen zeigen und seine privaten Verpflichtungen erfüllen wird, die auf uns lasten und nicht geändert werden können. Um Deutschland Mut in seiner Lage und das Vertrauen der Welt in unseren guten Willen zu erhalten, braucht Deutschland dringend Hilfe. Die Hilfe muß sofort kommen, wenn nicht ein Unglück uns und alle anderen heimsuchen soll.

Unserem Volke muß die Möglichkeit gewährleistet sein, unter erträglichen Bedingungen zu arbeiten. Die notwendige Hilfe würde in ihrer Wirkung auf die Krise eine Wohltat für alle Länder sein; sie würde die Verhältnisse in den anderen Ländern verbessern und wesentlich die Wehr vermindern, die durch Not und Mangel an Hoffnung für Deutschland herausbeschoren ist.

Sie, Herr Präsident, als Vertreter des großen amerikanischen Volkes, haben die Möglichkeit in Händen. Schritte zu tun, durch die eine sofortige Wendung in der Lage für das deutsche Volk und für die Welt herbeigeführt werden kann.“

Einberufung des Reichstages erneut abgelehnt

Berlin, 18. Dezember. Der Aeltestenausschuss des Reichstages hat am Mittwoch vormittag die Anträge auf vorzeitige Einberufung des Reichstages von neuem abgelehnt. Für diese Anträge setzten sich nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Deutsche Volkspartei ein, also keine Mehrheit des Reichstages. Außer dem Landvolk waren in der Aeltestenatsitzung alle Fraktionen vertreten. Die Landvolkpartei hatte in einem Briefe an den Präsidenten über ihre ablehnende Haltung gegenüber den Anträgen auf Einberufung des Reichstages schriftlich begründet. In dem Brief kommt zum Ausdruck, daß die Notverordnung eine Reihe grundlegender Forderungen des Landvolkes erfüllt, aber der Erfüllung näher gebracht habe, und zwar nicht nur in landwirtschaftlichen Fragen, sondern auch bei dem Abbau von Löhnen und Gehältern und dem Abbau von Preisen. Die Partei erwartet durch Verhandlungen weitere Verbesserungen für die Berechtigungswirtschaft, kann sich aber eine solche durch Einberufung des Reichstages nicht versprechen und ist deshalb gegen die Einberufung des Reichstages.

Da mit neuen Anträgen auf Einberufung des Reichstages noch vor dem 23. Februar zu rechnen ist, wurde als Termin für den Wiederkommmentritt des Aeltestenrates zur Entscheidung über solche Anträge der 11. oder 12. Januar in Aussicht genommen. Staatssekretär Dr. Brüder hatte zu Beginn der Sitzung im Namen der Reichsregierung erklärt, daß die schon mehrfach dargelegten Gründe gegen die Einberufung des Reichstages weiter bestehen und verstärkt seien durch die gegenwärtigen außenpolitischen Verhandlungen.

Keine Antwort der Reichsregierung auf den Hitler-Brief

Berlin, 18. Dezember. In Berliner politischen Kreisen wird man der Erklärung, die Adolf Hitler heute im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht hat, keineswegs die internationale Be-

deutung bei, die ihr in den Ankündigungen gegeben worden war. Das geht schon daraus hervor, daß die Reichsregierung nicht die Absicht hat, darauf zu antworten. Man hält es offenbar im Interesse der inneren Befriedung und vor allem auch aus außenpolitischen Gründen nicht für zweckmäßig, den Fragen weiterzugeben. Diese Auffassung der der Reichsregierung nahestehenden politischen Kreise wird auch durch die Art gestärkt, in der der Hitler-Brief in Amerika publiziert worden ist. Die Press-Büro der Reichsregierung veröffentlichen nämlich mit der Bemerkung, sie seien durch eine besondere Vereinbarung mit Hitler in die Lage versetzt, ihren Lesern diese „scharfe Beurteilung der Brüning-Regierung“ zwölf Stunden vor der Bekanntgabe in Deutschland darzubieten. In Kreisen der Reichsregierung ist man jedenfalls nicht gewillt, innerdeutsche Auseinandersetzungen weiter zu verfolgen, die unter Bevorzugung eines ausländischen Presseorgans geführt werden.

Die Beratungen in Basel

Basel, 18. Dez. Die vorbereitenden Arbeiten an dem Bericht des Beratenden Sonderausschusses gingen heute bis in die späten Abendstunden hin. Es fanden fortgesetzt vertrauliche Besprechungen im Hotel Schweizerhof, wo der Vorsitzende des Ausschusses, Professor Beneduce, wohnt, statt. Professor Beneduce empfing nicht nur die mit der Ausarbeitung des Berichts vorläufig beauftragten Ausschussmitglieder (Reichsminister, Dr. Brüder, Dr. Brüder, Dr. Brüder, Dr. Brüder), sondern besprach sich auch mit anderen Ausschussmitgliedern, u. a. mit Hindenburg (Schweiz), Rydbeck (Schweden) und Collin (Holland). Dr. Reichsminister hatte in Begleitung von Ministerialrat Dr. Berger tagsüber wiederholte Besprechungen mit dem Vorsitzenden und den anderen Ausschussmitgliedern.

Der Schiedspruch für die Berliner Metallarbeiter
Berlin, 18. Dez. Der Schlichter für Berlin und die Drogen-Handlung, Reichsminister a. D. Brüder,